

## **Gegen Benachteiligung, Ausgrenzung und Gewalt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern!**

Die Achtung der Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu garantieren, Armut, Ungleichheit, Diskriminierung und Ausbeutung zu beenden, sind zentrale Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zum „Welttag für Menschenwürdige Arbeit“.

Weltweit werden Menschen ausgegrenzt, verachtet und bis zur Todesstrafe hin verfolgt aufgrund der sexuellen Identität, die nicht dem Mann-Frau-Beziehungsbild entspricht. Der Kampf für die Menschenwürde von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Menschenrechte insgesamt. Deshalb fordern internationale Gewerkschaftsverbände die Gleichbehandlung, gleichen Respekt, gleiche Würde für lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle (LSBT) Arbeitnehmer/innen ein.

Niemand darf aus Gründen der „Rasse“ oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Das fordert seit August 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das auf Grundlage europarechtlicher Vorgaben in allen EU-Staaten umzusetzen ist. Für dieses Recht haben sich Gewerkschaften international eingesetzt, und dieses Recht gilt es auch hierzulande in allen Betrieben und Verwaltungen offensiv durchzusetzen. Insbesondere Betriebs- und Personalräte sind hier in der Pflicht.

### **Für Anerkennung und Respekt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern!**

Auch wenn bei uns zu öffentlichen Anlässen zeitweilig der Eindruck vermittelt wird, dass LSBT-Menschen bereits viele Rechte hätten, werden sie noch immer als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt, werden ihnen die gleiche Rechte wie für Heterosexuelle verwehrt. Noch immer müssen LSBT-Menschen selbst in der „weltoffenen Großstadt“ Berlin damit rechnen, in der Öffentlichkeit Gewalttätigkeit oder Beleidigungen zu erleben. In der Arbeitswelt wagt es jede zweite lesbische Kollegin und jeder zweite schwule Kollege wegen Angst vor Repressionen oder Arbeitsplatzverlust nicht, offen zur gleichgeschlechtlichen Lebensweise zu stehen. Der Begriff „schwule Sau“ ist unter Schülern das meistbenutzte Schimpfwort.

Der DGB Berlin-Brandenburg hat am 23. September 2009 als eine von 24 Gründungsorganisationen das Berliner „Bündnis gegen Homophobie“ unterzeichnet. Ziel des Bündnisses ist es, gemeinsam jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung entgegenzuwirken und ein Zeichen zu setzen für Anerkennung und Respekt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern. In den DGB-Gewerkschaften GEW, ver.di und IG BCE haben sich LSBT-Mitglieder in Arbeitsgruppen organisiert, um Homosexuellenfreundlichkeit wirksam gegenzusteuern, um ihre Interessenvertretung zu stärken und um andere Kolleginnen und Kollegen zu ermutigen, sich für ihre Rechte einzusetzen.

DGB Berlin-Brandenburg  
Landesbezirksvorstand

#### Infos:

- <http://www.verqueer.de/>
- <http://www.schwulelehrer.de/>
- <http://www.lesbische-lehrerinnen.de/>